

im Südchinesischen Meer (XNA, 29.5.84), während das vietnamesische Parteiorgan "Nhan Dan" darin wieder einmal den chinesischen "Plan" enthüllt sah, "nach Süden zu expandieren" (nach: MD, 1.6.84). -sch-

*(17)

Kriminalitätsrate gesunken

Die Kriminalitätsrate soll im 1.Quartal 1984 um 33,2% im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres zurückgegangen sein. Dies erklärte der Präsident des Obersten Volksgerichtshofes, Zheng Tianxiang, in seinem Arbeitsbericht auf der 2.Tagung des VI.Nationalen Volkskongresses am 26.Mai 1984. Zheng führte diese positive Entwicklung zurück auf die verschärfte Bekämpfung der Gewaltkriminalität seit Herbst letzten Jahres. Zheng räumte jedoch ein, daß eine Reihe von Fällen ohne Sorgfalt behandelt worden seien. Einige Urteile hätten nicht den begangenen Straftaten entsprochen, und in einigen Fällen habe man sich nicht an die Strafprozeßordnung gehalten. Die Gerichte würden jedoch Maßnahmen ergreifen, um Fehlurteile zu revidieren. Zheng machte keine Angaben darüber, ob von den zugegebenen Verfahrensfehlern auch Angeklagte betroffen waren, die hingerichtet wurden. -sch-

*(18)

14 Mio. Muslime in der VR China

Nach Angaben des Präsidenten der Islamischen Vereinigung Chinas, Al-Haji Muhammad Ali Zhang Jie, bekennen sich 10 der 55 nationalen Minderheiten in der VR China zum Islam. Diese 10 Moslem-Minoritäten zählen insgesamt 14 Mio. Menschen. Für sie gibt es gegenwärtig rund 20.000 Moscheen in den verschiedenen Landesteilen Chinas. (XNA, 24.5.84, nach: SWB, 29.5.84) -sch-

VERTEIDIGUNG

*
*
* * * * *

*(19)

Militärdienstgesetz verabschiedet

Ein neues Militärdienstgesetz ist Ende Mai 1984 auf der 2.Tagung des VI.Nationalen Volkskongresses verabschiedet worden. Danach sind alle Bürger der Volksrepublik China verpflichtet, Militärdienst abzuleisten. Männliche Bürger werden zwischen dem 18. und 22.Lebensjahr eingezogen. Weibliche Bürger können ebenfalls verpflichtet werden, falls Bedarf hierfür besteht. Die Zeitdauer für die Wehrpflichtigen im aktiven Dienst beträgt für das Heer 3 Jahre und

für die Marine sowie die Luftwaffe 4 Jahre. Bei Bedarf kann der aktive Dienst auf freiwilliger Basis um 1-2 Jahre und bei der Marine und den Luftstreitkräften um 1 Jahr verlängert werden. Wer insgesamt 5 Jahre aktiven Dienst abgeleistet hat, kann seine Übernahme als Freiwilliger beantragen. Die Mindestzeitdauer des aktiven Dienstes für einen Freiwilligen beträgt 8 Jahre und die Höchstdauer 12 Jahre bzw. 13 und 17 Jahre bei Anrechnung der verlängerten Wehrpflichtszeit von 5 Jahren. Spätestens im Alter von 35 Jahren endet die aktive Dienstzeit der Freiwilligen. Das Gesetz regelt auch die Wiedereingliederung der aus dem aktiven Dienst ausgeschiedenen Wehrpflichtigen und Freiwilligen.

Mit dem neuen Militärdienstgesetz werden auch die militärischen Ränge wieder eingeführt, die zu Beginn der Kulturrevolution abgeschafft worden waren.

Zur Reserve zählen neben ausgeschiedenen Wehrpflichtigen vor allem die Mitglieder der Miliz. Die Altersgrenze beträgt bei der Miliz 28 Jahre. Die Aufgaben der Miliz, die sich hauptsächlich aus nebenberuflichen Milizionären zusammensetzt, reichen von der Produktion über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bis hin zur Landesverteidigung.

Außerdem sieht das Gesetz die Einführung einer militärischen Ausbildung durch höhere Lehranstalten und Hochschulen vor. -sch-

*(20)

Linkstendenzen in der Armee

Vor Führungskadern der in der Militärregion Shenyang stationierten Einheiten des Heeres, der Luftwaffe und der Marine hat ZK-Generalsekretär Hu Yaobang am 19.Mai 1984 in Shenyang die Überwindung "linker" ideologischer Einflüsse als die wichtigste Aufgabe der politischen Ausrichtung der Kommunistischen Partei Chinas bezeichnet. Die Militärregion Shenyang nimmt nicht nur militärisch eine Sonderstellung ein - hier sind, neben der Militärregion Beijing, die meisten Panzer- und Infanteriedivisionen stationiert -, sondern spielt auch politische offensichtlich eine Sonderrolle, da sie als einzige der elf Militärregionen nach wie vor von einem Kommandeur geführt wird, der in der Kulturrevolution militärisch und politisch Karriere machte: Li Desheng. In diesem Zusammenhang könnte die Mahnung des stellvertretenden Vorsitzenden der ZK-Militärkommission, Yang Shangkun, der Hu Yaobang nach Shenyang begleitete, gesehen werden, daß im

Verlauf der Ausrichtung der Partei keiner der Befürworter der Kulturrevolution ungestraft davon kommen dürfe. Die "Kulturrevolution" müsse vollständig negiert werden, forderte Yang Shangkun weiter, und bezeichnete den Stand der Ausrichtung der Parteiorganisationen innerhalb der Armee als "nicht schlecht", was de facto so viel wie ziemlich miserabel bedeutet (RMRB, 20.5.84). -sch-

KULTUR

*
*
* * * * *

*(21)

Stellungnahme des Ministerpräsidenten zum Kampf gegen die "geistige Verschmutzung"

In seinem Regierungsbericht auf der 2. Tagung des VI. Nationalen Volkskongresses nahm Ministerpräsident Zhao Ziyang u.a. zu dem Kampf gegen die sog. "geistige Verschmutzung" Stellung. Er bejahte diesen Kampf und stellte ihn als unverzichtbar für den Aufbau einer sozialistischen geistigen Zivilisation hin, indem er zugleich betonte, daß der Kampf für den Staat eine langfristige, grundlegende Aufgabe darstelle. Die Eindämmung der "geistigen Verschmutzung" auf ideologischem und kulturellem Gebiet habe deutliche Erfolge gezeitigt, man habe die ungunstigen Tendenzen einer kleinen Gruppe von Leuten, die geistige Verschmutzung betrieben, zum Stillstand gebracht und pornographische Bücher und Zeitschriften verboten.

Mit der Begründung, man habe hinsichtlich einiger politischer Maßnahmen die Abgrenzungslinien nicht genügend klar gemacht (gemeint ist offensichtlich die Abgrenzung zur Kulturrevolution), gestand der Ministerpräsident ein, daß es in manchen Orten und Einheiten zu unangemessenen Handlungsweisen gekommen sei; doch sobald diese zur Kenntnis gekommen seien, habe man sie sofort berichtet. Die Forderung der Massen nach einem verschönerten geistigen und materiellen Leben sei vollkommen richtig und sollte unterstützt werden, doch dürfe auf keinen Fall zugelassen werden, daß diese Forderung mit geistiger Verschmutzung in ideologischer Hinsicht verwechselt würde (RMRB, 16.5.84, S.2).

Seit Beginn des Jahres 1984 ist der Kampf gegen die "geistige Verschmutzung" merklich abgeflaut. Die Erklärung dafür läßt sich aus dem Regierungsbericht ablesen: Vielfach scheint man unangemessen scharf gegen Intellektuelle vorgegangen zu sein. Um die Intellektuellen nicht weiter zu beunruhigen,

hat die Partei eine maßvollere Haltung eingenommen. Wie auch aus dem Bericht des Ministerpräsidenten deutlich wird, ist damit der Kampf gegen die "geistige Verschmutzung" aber nicht beendet. Nach wie vor, wenn auch in geringerem Maße, werden die Erscheinungsformen bürgerlicher Liberalisierungstendenzen diskutiert, und daran wird sich in absehbarer Zeit sicherlich nichts ändern. -st-

*(22)

Personalpolitische Reformen für wissenschaftlich-technisches Personal

In ihrer Ausgabe vom 4. Mai 1984 hat die Volkszeitung Bestimmungen über die "vernünftige Versetzung" von wissenschaftlich-technischem Personal veröffentlicht, die der Staatsrat bereits in der zweiten Jahreshälfte 1983 zur versuchsweisen Durchführung in ganz China erlassen hat. In den Bestimmungen wird betont, daß eine Angleichung bezüglich der Verteilung und Struktur des wissenschaftlich-technischen Personals und eine Verbesserung der Verwaltung und Einstellung von Wissenschaftlern und Technikern unabdingbar seien, um staatliche Schlüsselprojekte zu vollenden, größere wissenschaftliche und technische Aufgaben zu lösen, die Wirtschaft zu beleben und die Vier Modernisierungen zu verwirklichen. Der Staatsrat ruft dazu auf, Wissenschaftler und Techniker sinnvoll zu versetzen, und zwar von den Städten aufs Land, von großen Städten in kleine Städte, vom Landesinneren in die entfernteren Gegenden, von Abteilungen und Einheiten mit reichlich Personal zu solchen mit wenig Personal. Damit soll das Denken in Abteilungen und regionalen Abgrenzungen überwunden werden und das wissenschaftlich-technische Kontingent in ganz China eingesetzt werden können. Zugleich soll die Möglichkeit gegeben sein, einen Teil der Wissenschaftler und Techniker aus der Schwer- und Verteidigungsindustrie abzuziehen, um schwach besetzte Abteilungen im Energie-, Verkehrs-, Leichtindustrie- und Landwirtschaftssektor zu stärken oder Wissenschaftler und Techniker aus Hochschulinstitutionen als Lehrkräfte in Bildungs- oder Berufsbildungsinstitutionen der Sekundarstufe zu versetzen.

Im einzelnen sind folgende Bestimmungen erlassen worden:

(1) Die Verwaltungsabteilungen des Staatsrates und auf Provinzebene sollen einheitlich planen und Maßnahmen ergreifen, um für die Schlüsselprojekte die verantwortlichen Techniker (Chefingenieure) gewissenhaft auszuwählen. Das

normale wissenschaftlich-technische Personal kann von den Verantwortlichen selbst nach Billigung durch die übergeordneten Behörden eingestellt werden. Die für die Stellenzuweisung von Hochschul- und Fachschulabgängern zuständigen Behörden sollen die besten Leute für die staatlichen Schlüsselprojekte einsetzen.

(2) Die Behörden des Staatsrates und der Provinzen sollen auf der Grundlage des Bedarfs beim wirtschaftlichen Aufbau und der wissenschaftlich-technischen Entwicklung so planen, daß die technische Reform der Betriebe vorangetrieben und die Schwachstellen in Wissenschaft und Technik gestärkt werden. Dabei sollen Verteilung und Struktur des wissenschaftlich-technischen Personals verbessert werden; z.B. soll Personal, dessen Stellenzuweisung dem Staatsrat obliegt, auch bei lokalen Projekten eingesetzt werden können.

(3) Neben der zentralen Arbeitsplatzzuweisung sollen mittlere und kleinere Städte und personalmäßig schwach ausgerüstete Einheiten und örtliche Stellen die Möglichkeit erhalten, wissenschaftlich-technisches Personal der höheren Ebenen anzufordern. Die Entlohnung soll dann von den Einheiten auf Provinzebene geregelt werden.

(4) Wissenschaftler und Techniker, die von den Städten aufs Land oder vom Landesinneren in die Randgebiete abgezogen worden sind, können für sich und ihre Familie die städtische Registrierung an ihrem ursprünglichen Wohnort beibehalten. Um einen Anreiz für ein längerfristiges Verbleiben auf dem Lande zu geben, kann je nach Arbeit und Jahren ein Zuschuß zum Gehalt gewährt werden.

(5) Die Behörden des Staatsrates und der Provinzen können auch ein Rotationssystem festlegen, nach dem Wissenschaftler und Techniker zeitweise aufs Land oder in die Randgebiete geschickt werden, ihren ursprünglichen Posten aber behalten können.

(6) Die entfernten Provinzen und autonomen Gebiete sollen eine Vorzugsbehandlung für solche Wissenschaftler und Techniker festsetzen, die längerfristig in den Grenzgebieten arbeiten wollen.

(7) Die Einstellung von Wissenschaftlern und Technikern durch Einheiten in Kollektivbesitz muß von den zuständigen örtlichen Behörden gebilligt werden.

(8) Wissenschaftler und Techniker, die aufgrund ihrer Kenntnisse und Spezialgebiete nicht gebraucht werden, sollen entweder von den

betreffenden Einheiten oder von den Behörden der höheren Ebene sinnvoll eingesetzt werden.

(9) Alle Forschungs- und Planungsinstitutionen und alle Hochschulen sollen nach dem Prinzip einer vernünftigen Personalpolitik ihr Personal auf ein sinnvolles Maß begrenzen. Überzähliges Personal soll woanders eingesetzt werden.

(10) Für Wissenschaftler und Techniker ist eine Kündigungs- und Ruhestandsregelung einzuführen. Je nach den Umständen können die betroffenen Wissenschaftler und Techniker anderweitige Tätigkeiten versehen.

(11) Forschungs- und Planungsinstitutionen sowie Hochschulen, die den Behörden des Staatsrates oder der Provinzen unterstehen, können wissenschaftlich-technisches Personal mit Billigung der nächst höheren Ebene auch probeweise einstellen.

(12) Im Prinzip sollen Hochschul- und Fachschulabgänger zuerst an der Basis eingesetzt werden. Sie müssen den vom Staat zugewiesenen Arbeitsplatz annehmen, und außer aus arbeitstechnischen Gründen oder weil sie falsch eingesetzt waren, können sie erst nach drei Jahren versetzt werden unter der Voraussetzung, daß sie sich auf ihrem Posten bewährt haben.

Durch die neuen Bestimmungen, die schon vielfach praktiziert werden, wird dem Prinzip der lebenslangen Anstellung an ein und derselben Institution der Boden entzogen. Die tiefere Ursache für die einschneidenden Reformen im Personalwesen liegt in dem alten Problem, auch die unterentwickelten Gebiete Chinas am wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Fortschritt teilhaben zu lassen, ein Problem, das ohne den Transfer qualifizierter Spezialisten in diese Gebiete nicht zu lösen ist. Die Regierung bemüht sich, die Arbeitsplätze in entfernten und unterentwickelten Gegenden, die bisher mit dem Odium der Strafversetzung behaftet waren und auf denen man zumeist lebenslang zu bleiben hatte, attraktiver zu gestalten. So ist es jetzt möglich, für einen begrenzten Zeitraum in solche Gegenden zu gehen, wobei man seine frühere Registrierung als Stadtbewohner und seine frühere Position beibehalten kann. Zugleich sollen materielle Vergünstigungen einen Ausgleich für erschwerte Lebensbedingungen schaffen.

Darüber hinaus soll nicht mehr starr an dem Prinzip festgehalten werden, daß der staatlichen Stellenzuweisung unterliegendes Perso-

nal nur bei staatlichen Institutionen eingestellt werden kann. In diese Rubrik fallende Kräfte können nunmehr auch Arbeitsplätze erhalten, die den Lokalbehörden unterstehen oder zu Betrieben in Kollektivbesitz gehören. Schließlich wird für Hochschul- und Fachschulabsolventen eine Art Bewährungssystem mit probeweiser Anstellung eingeführt. Durch all diese Maßnahmen wird künftig eine größere Mobilität im wissenschaftlich-technischen Personalbereich erreicht werden. -st-

*(23)

Reformen in Wissenschaft und Technik

In China werden zur Zeit grundlegende Reformen an wissenschaftlichen und technischen Instituten eingeleitet mit dem Ziel, einen großen Teil dieser Institute von staatlichen Zuschüssen unabhängig zu machen und somit den Staatshaushalt zu entlasten. Um entsprechende Reformmaßnahmen zu diskutieren, veranstalteten drei staatliche Institutionen: die Führungsgruppe für Wissenschaft und Technik beim Staatsrat, die staatliche Kommission für die Reform des Wirtschaftssystems und die Staatliche Kommission für Wissenschaft und Technik, in Zhouxian (Provinz Hebei) eine am 16. Mai 1984 eröffnete sechstägige nationale Konferenz (RMRB, GMRB u. XNA, 17.5.84). Unter den Veranstaltern sind die beiden ersten Institutionen für Strukturreformen zuständig.

Ausgangspunkt für die von der Zentrale gewünschte Reform ist die Kritik an dem bestehenden System, nach dem Forschungsinstitute nach verwaltungsmäßigen Gesichtspunkten über das Land verteilt sind, von den jeweils übergeordneten Behörden finanziert werden und bei Personalentscheidungen die Zustimmung der jeweiligen Behörde benötigen. Dieses System arbeite schwerfällig und verhindere eine bessere Kooperation zwischen Instituten verschiedener Bereiche, Behörden oder Gegenden (XNA, RMRB, 17.5.84).

Im einzelnen wurden auf der Konferenz fünf Reformvorschläge unterbreitet:

(1) Institute für technische Entwicklungen und für angewandte Forschung sollen ein Vertragssystem einführen, um wirtschaftlich unabhängig zu werden. Das zugrundeliegende Prinzip ist die weitgehende Verbindung von wissenschaftlich-technischer Forschung mit der Produktion. Die Produkte der Institute sollen an Wirtschaftsunternehmen verkauft werden, und von den Einnahmen soll sich das Institut selbst unterhalten. Auf diese Weise soll zugleich die Einsatzbe-

reitschaft des wissenschaftlich-technischen Personals gefördert werden.

(2) Für Institute, die Grundlagenforschung oder nur teilweise angewandte Forschung betreiben, sollen Fonds bereitgestellt werden, die aber aufgrund von Begutachtungsverfahren von Instituten gleicher Sparte nur an die besten vergeben werden. Damit soll der "Egalitarismus" unter den Instituten hinsichtlich der Mittelvergabe überwunden werden.

(3) In jeder Region soll ein System enger Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Lehre, Produktion und Markt geschaffen werden. Zum einen soll auf diese Weise der Zeitverlust, der gewöhnlich zwischen wissenschaftlich-technischen Neuerungen und ihrer Einführung in die Praxis auftritt, überwunden werden, zum anderen sollen die wissenschaftlichen Institute wirtschaftliche Erfolge erzielen.

(4) Auf dem Lande sollen wissenschaftliche Forschungsorgane eingerichtet werden, die eng mit den spezialisierten Haushalten zusammenarbeiten und sich auf deren Bedürfnisse einstellen. Diese wissenschaftlichen Institutionen sollen unabhängig von den bestehenden Verwaltungsgrenzen errichtet werden, vielmehr Gebiete mit gleichen natürlichen Bedingungen erfassen.

(5) Mit diesen Reformvorschlägen soll in ausgewählten Städten und Industriezweigen bzw. Sparten experimentiert werden, um sie dann in den nächsten drei bis fünf Jahren allgemein einzuführen (GMRB, RMRB, 17.5.84).

Die Reform zielt darauf ab, das Leistungsprinzip nun auch auf wissenschaftliche Institute anzuwenden. Es soll verhindert werden, daß Wissenschaftler und Techniker sich an wissenschaftlichen Institutionen auf lebenslangen Stellungen ausruhen, ohne nennenswerte Leistungen zu erbringen. Dabei wird ein Unterschied gemacht zwischen Instituten, die sich der Grundlagenforschung widmen, und solchen, die praktisch verwertbare Forschung betreiben (vgl. hierzu den Kommentar in GMRB, 17.5.84, S.1). Erstere sollen weiter staatliche Mittel erhalten, allerdings nur, wenn ihre Leistungen für gut befunden werden. Letztere sollen wirtschaftlich unabhängig werden, was nur möglich ist, wenn sie für die Wirtschaft nützliche Arbeit leisten, d.h. wenn sie ihr Know-how oder ihre neuen Produkte in der Wirtschaft absetzen können. Somit stellt die Reform zugleich einen Anreiz für Wissenschaftler und Techniker dar, mehr auf die

Bedürfnisse der Wirtschaft einzugehen, eine Forderung, die seit längerer Zeit erhoben wird. -st-

*(24)

Rundfunk- und Fernsehuniversität

Die zentrale chinesische Rundfunk- und Fernsehuniversität hat seit ihrem Bestehen (sie wurde 1979 eingerichtet) mehr als 1,2 Millionen Studenten aufgenommen. Gegenwärtig studieren an der Universität, der größten dieser Art in der Welt, 478.000 Studenten. Sie bietet dreizehn Studienfächer in Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften und Geisteswissenschaften. Studiert wird aufgrund eines dreijährigen Studienplanes in 20.000 über das ganze Land verteilten Klassen. Darüber hinaus sehen etwa 150.000 nicht registrierte Studenten die Fernsehprogramme. Sie können an den Prüfungen teilnehmen und wie die registrierten Studenten ein Diplom erlangen. Der Lehrkörper umfaßt 11.000 hauptamtliche und 18.000 nebenberufliche Lehrer, die in kleinen Gruppen mit den Studenten zusammenarbeiten. Bis zum Jahre 1990 soll die Zahl der Studenten an der Fernsehuniversität auf 2 Millionen wachsen (XNA, 24.4.84).

Zum Vergleich: Die Zahl der an regulären Hochschulen studierenden Studenten betrug 1983 1,2 Millionen. -st-

*(25)

Konferenz über Denkmalschutz

Vom 30. April bis 7. Mai 1984 fand in Beijing eine nationale Konferenz über Denkmalschutz statt. Sie wurde gemeinsam von der Propagandaabteilung des ZK und dem Kulturministerium veranstaltet und zählte über 300 Teilnehmer, darunter Archäologen, Historiker, Museumsleute und Vertreter von Kulturbehörden. Zweck der Konferenz waren eine Bestandsaufnahme der bisherigen Arbeit und der Aufruf zu verstärkten Anstrengungen im Denkmalschutz (vgl. GMRB, 7. u. 8.5.84, RMRB, 8.5.84). Angesichts der langen historischen Vergangenheit Chinas, so hieß es, bedeute es eine Verpflichtung gegenüber der Nachwelt und gegenüber der Geschichte, das reiche kulturelle Erbe zu pflegen. Bezüglich der Leistungen der vergangenen Jahre wurde hervorgehoben: Seit 1977 hat der Staat über 100 Millionen Yuan in den Denkmalschutz gesteckt und über eintausend alte Baudenkmäler und Höhlentempel restauriert, darunter die Grotten von Maijishan und die Dunhuang-Grotten, die Felsskulpturen von Dazu in Sichuan, den Kaiserpalast in Shenyang, Wachtürme und Tore in Beijing, die Stadtmauer von Xi'an, die drei Pagoden von Dali in Yun-

nan und den Yueyang-Turm in Hunan. Seit 1981, so hieß es weiter, werde eine nationale Erhebung über alle Kulturdenkmäler durchgeführt. Bis jetzt habe ein Drittel aller Einheiten auf Provinzebene die Erhebung abgeschlossen. Danach seien schon über 60.000 neue Stätten entdeckt worden (GMRB, 8.5.84).

Propagandaminister Deng Liqun wies auf die große Bedeutung des Denkmalschutzes angesichts der umfangreichen Bautätigkeit (Fabriken, Burgen, Straßen, Häuser) hin, durch die Baudenkmäler und archäologische Funde oft in Mitleidenenschaft gezogen würden. Hier komme es auf wirksamen Denkmalschutz während des Bauprozesses an, denn man könne nicht Bauten unterlassen, weil Kulturdenkmäler Schaden leiden könnten (RMRB, 8.5.84).

Im Jahre 1982 hat die VR China zum erstenmal ein umfassendes Denkmalschutzgesetz erlassen (s. C.a. 1982/11, Ü 19), das Zuständigkeiten, Aufgaben und Ahndung bei Vergehen gegen die Denkmalschutzbestimmungen regelt. Dieses Gesetz hat zweifellos den Denkmalschutz in China wirksamer gemacht. -st-

*(26)

Konferenz über die Geschichte der Republik China

Anfang Mai 1984 fand in Nanjing ein fünftägiges Symposium über die Geschichte der Republik China - das ist die Zeit von 1912 bis 1949 - statt. Es handelte sich um die erste Konferenz über diese zeitgeschichtliche Periode in der Volksrepublik. An ihr nahmen über 200 Historiker aus dem ganzen Land teil. Der Schwerpunkt der Konferenz lag auf der Zeit zwischen 1927 und 1949. Es ging vor allem darum, die Phasen der Zusammenarbeit zwischen KP und GMD historisch aufzuarbeiten. Zugleich wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es künftig wieder zu einer Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien komme und daß sich Historiker aus Taiwan an der Diskussion beteiligten. Laut Li Zongyi, dem stellvertretenden Direktor des Instituts für moderne Geschichte an der Akademie der Sozialwissenschaften, besteht die Hauptaufgabe der Historiker gegenwärtig darin, die historischen Quellen zu sammeln und herauszugeben. Eine mehrbändige "Geschichte der Republik China" sei in Arbeit; der erste Band sei bereits erschienen. Außerdem habe das Institut Biographien von 400 prominenten Persönlichkeiten aus dieser Zeit veröffentlicht. Das Symposium war gemeinsam von der Universität Nanjing, dem Zweiten Historischen Archiv und dem Institut für moderne Geschichte der Akademie der

Sozialwissenschaften veranstaltet worden (XNA, 5.5.84). Als ehemalige Hauptstadt der GMD-Regierung bot sich Nanjing als Tagungsort an, zumal dort auch das für diese Periode wichtigste Archiv beheimatet ist. Bisher ist die GMD-Periode in der historischen Forschung der VR China arg vernachlässigt worden; erst in den letzten Jahren beginnt sich hier ein Wandel abzuzeichnen, und so dürfte die Tagung die zeitgeschichtliche Forschung sehr beleben. Wenige Wochen vor Beginn der Tagung hatte ein Vertreter des Zweiten Historischen Archivs übrigens die Historiker aus Taiwan aufgerufen, das Archiv für ihre Forschungsarbeit zu benutzen (RMRB, 11.4.84). -st-

*(27)

Fernsehen via Nachrichtensatellit

Über Chinas ersten Nachrichtensatelliten, den die Chinesen am 8. April 1984 gestartet haben und der nach einer Testphase einwandfrei funktioniert, ist es möglich, Fernsehsendungen aus Beijing gleichzeitig in allen Landesteilen Chinas zu sehen. Der Satellit übermittelt beispielsweise Fernsehsendungen nach Xinjiang und Yunnan. Bisher bekamen die Bewohner Xinjiangs Fernsehprogramme aus Beijing erst mit einer Woche Verspätung zu sehen (GMRB, 11.5.84). -st-

AUSSENWIRTSCHAFT

*

*

* * * * *

*(28)

Erster Petro-Konsortialkredit für die Volksrepublik

Sechs Banken unter der Führung der Societe General unterzeichneten ein Konsortialkreditabkommen mit der Volksrepublik zur Finanzierung des Ölzentrams von Nanhai. Der Kredit hat eine Höhe von 77 Mio. US\$; die Zinsen betragen 0,625% über LIBOR (London Interbank Offer Rate) für die ersten sechs Jahre und 0,75% über LIBOR für die restliche Laufzeit von 7 1/2 Jahren. Die anderen beteiligten Banken sind die Chemical Bank (USA), Bank of East Asia, Credit Commercial de Paris, Lloyds Bank International Ltd. und Mitsubishi Bank Ltd. (Petroleum News, Mai 1984, S.79) -lou-

*(29)

Exportgeschäfte dominieren auf der Messe in Guangzhou

Am 5. Mai 1984 ging die Exportwarenmesse von Guangzhou zu Ende. Nach dem weitgehenden Fortfall des chinesischen Stahleinkaufs und einer weitgehenden Verlagerung der

Maschinenbeschaffung in den letzten Jahren hat sich die Messe zu ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung als Veranstaltung zur Förderung der Ausfuhr chinesischer Waren entwickelt. Wie ein chinesischer Funktionär auf der Messe mitteilte, sei das Ergebnis der zwanzigtägigen Veranstaltung besser gewesen als auf den zwei vorhergehenden Messen. Firmen aus Hongkong und Macau tätigten über 40% der auf der Messe insgesamt abgeschlossenen Geschäfte. Etwa 24.000 Geschäftsleute aus 94 Ländern und Regionen besuchten die Messe.

Mit Ausnahme einiger Marginalsektoren konnte sich nur die Gruppe der ausländischen Chemieverkäufer auf der Messe behaupten. Ein leitender Sprecher der Außenhandels-gesellschaft Chemie bezeichnete seine Gesellschaft als den größten Einkäufer der Volksrepublik auf der Messe. Die Käufe erfolgen im Rahmen der jährlichen Einfuhrplanung, die der Außenhandels-gesellschaft vom Außenministerium zugeleitet wird. Der Außenhandels-gesellschaft Chemie fällt die Aufgabe zu, den etwa 80% des chinesischen Gesamtbedarfs abdeckenden Importplan im Rahmen der sich bietenden Einkaufs- und Abschlußmöglichkeiten optimal zu erfüllen. Der Rest wird durch Betriebe oder Organisationen, die über eigene Devisen verfügen, abgewickelt.

Zur Mitte der zwanzigtägigen Veranstaltung konnte nach dem Eindruck von Verkäufern eine Häufung der Anfragen aus verschiedenen Sektoren der chinesischen Chemiesparte beobachtet werden, so daß die ausländischen Teilnehmer trotz schleppenden Beginns Hoffnung auf einen zufriedenstellenden, wenn nicht sogar guten Verlauf der Messe schöpften. Aufgrund der vorliegenden Anfragen für Kunststoffe, Faserrohstoffe, Vor- und Zwischenprodukte, Schwer- und Agrarchemikalien, Produkte für die Leder- und Kautschukindustrie sowie kleinere Mengen chemischer Spezialprodukte rechneten sich die meisten Anbieter ein kostendeckendes Messegeschäft aus. Zudem dürften die Umsätze in Guangzhou, so hieß es aus Teilnehmerkreisen, nicht punktuell und isoliert bewertet werden, da sich auch das Chemiegeschäft seit vielen Jahren nicht mehr auf Guangzhou und feste Zeiträume konzentrierte, sondern praktisch auf den gesamten Jahresablauf, zahlreiche Kanäle und Standorte verteilte.

Das Hauptgewicht des Messegeschäftes der Außenhandels-gesellschaft Maschinen lag nach Angaben aus Kreisen ihrer Leitung auf dem Verkauf von Handwerkzeugen. Fast alle chinesischen Provinzen waren